



BRIEF AUS BERLIN

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, liebe Interessentinnen und Interessenten,

angesichts des zweiten Lockdowns und einer fehlenden Gesamtstrategie ist Kritik an der Bundesregierung mehr als angebracht. Allerdings ist es der Anspruch der FDP-Fraktion, nicht nur den Finger in die Wunde zu legen, sondern auch mit eigenen Initiativen, Beschlüssen und Anfragen zu zeigen, dass eine Pandemiebekämpfung mit Maß und Mitte möglich ist.

Mit steigendem Infektionsgeschehen wird die Corona-Warn-App zunehmend wichtiger. Sie muss endlich dazu befähigt werden, ihr großes Potential in der Pandemiebekämpfung ausschöpfen zu können. Hier sind unsere Vorstellungen zur Weiterentwicklung der App: <http://bit.ly/C-WarnApp>.

Selbständige und Unternehmer, die unverschuldet durch die Pandemie vor existenziellen Problemen stehen, brauchen eine verlässliche Perspektive, dass es sich lohnt, um den Fortbestand ihrer Unternehmen zu kämpfen. Deswegen wollen wir die Veranstaltungswirtschaft schützen (<http://bit.ly/19-23679>) und fordern einen Pandemieplan für das Gastgewerbe statt pauschaler Schließungen (<http://bit.ly/19-23932>).

Außerdem wollen wir angesichts der Krise die Menschen entlasten und dadurch die Grundlage für eine langfristige wirtschaftliche Belebung legen. Dazu schlagen wir 55 Maßnahmen vor: <http://bit.ly/55Aufbruch>. Diese Maßnahmen können Sie auch als Broschüre von mir bekommen.

Herzliche Grüße

Manfred Todtenhausen

Homeoffice: Arbeitsrecht der Lebensrealität anpassen

Die Corona-Krise hat gezeigt, in wie vielen Beschäftigungen und Berufen das mobile Arbeiten möglich ist. Machen wir die Möglichkeit zur neuen Normalität!

Dabei soll natürlich auch niemand zum Homeoffice gezwungen werden. Aber die gegenwärtigen Arbeitsregelungen gehen oft an den Realitäten der Menschen vorbei, sind oft schwierig mit dem Familienleben vereinbar und schaffen für Unternehmen Bürokratie und Rechtsunsicherheit. Inzwischen ist ein Großteil der Bevölkerung der Meinung, dass insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Homeoffice und mobiles Arbeiten wesentlich vereinfacht wurde.



Wir sind der Meinung, die Regelungen sollten sich an der Lebensrealität anpassen, wo es möglich ist. Deshalb wollen wir das Arbeitsrecht flexibilisieren und Rechtssicherheit schaffen - für Arbeitnehmer wie auch für Arbeitgeber. Einzelheiten unter <http://bit.ly/19-23678>.

Wahlrechtsreform der GroKo ist ein fauler Kompromiss

Laut Bundeswahlgesetz besteht der Deutsche Bundestag aus 598 Abgeordneten. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate wird diese Zahl mit derzeit 709 Abgeordneten jedoch deutlich überschritten. Gemeinsam mit Grünen und Linken hatten wir als Freie Demokraten



frühzeitig einen Vorschlag für eine deutliche Verkleinerung des Bundestages vorgelegt, der bereits für die kommende Wahl einen XXL-Bundestages vermieden hätte. Der Vorschlag hätte alle Parteien gleichermaßen betroffen. Die Beratung dieses Vorschlages hat die Große Koalition auf Druck der CSU aber über ein Dreivierteljahr lang immer wieder vertagt.

Stattdessen haben Union und SPD nun im Oktober auf den letzten Drücker eine Reform des Wahlrechts durchgepaukt, deren Dämpfungseffekt höchst zweifelhaft ist. In einer Experten-Anhörung wurde nicht nur die Verfassungsmäßigkeit des GroKo-Vorschlages

bezweifelt, sondern auch aufgezeigt, dass das Gesetz die weitere Vergrößerung des Bundestages bestenfalls minimal bremsen kann. Tatsächlich könnte der Bundestag nach der Wahl im September 2020 sogar auf 750 Mitglieder anwachsen. Das ist ein Armutszeugnis für die GroKo!

Grüne Unzuverlässigkeit: im Land hui, im Bund pfui

120 Stunden im Jahr. So lange stehen Autofahrer im Durchschnitt im Stau. Warum? Oftmals wegen dichtem Verkehr auf den Straßen. Doch leider lassen Umgehungsstraßen und Autobahnanschlüsse lange auf sich warten - nicht selten, weil die Grünen kurz vor Abschluss eines Bauprojektes plötzlich einen Baustopp fordern.



Jüngstes unrühmliches Beispiel: Während der grüne Verkehrsminister Tarek Al-Wazir in Hessen dem Bau der A49 zwischen Kassel und Gießen zugestimmt hat, will die Bundesvorsitzende der Grünen, Annalena Baerbock, den Ausbau dieser Autobahn stoppen. Umweltaktivisten versuchten, die angelaufene Rodung im Dannenröder Forst aufzuhalten. Die Polizei hatte daraufhin mit der Räumung von Protestcamps begonnen.

Es kommt aber noch dicker: Die Grünen fordern nun ein Moratorium für den Neubeginn von Autobahnen und Bundesstraßen. „Die Planungen für Autobahnen und Bundesstraßen müssen grundsätzlich auf die Einhaltung der Klimaziele, Notwendigkeit und die Wirtschaftlichkeit überprüft

werden“, sagte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anton Hofreiter. Dem entgegnete unser Verkehrsexperte Oliver Luksic: „Eine Verkehrspolitik der Verhinderung, Verteuerung und Verbote kann sich Deutschland nicht leisten. Als Transitland im Herzen Europas brauchen wir eine moderne Infrastruktur.“

FDP-Energieexperte Martin Neumann in Wuppertal

Letzten Monat war der energiepolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Professor Martin Neumann, zu Besuch in Wuppertal. Gemeinsam haben wir unsere örtlichen Stadtwerke besucht, um uns über die bisherigen Erfahrungen mit ihren Wasserstoff-Bussen informieren. Seit rund 100 Tagen sind in Wuppertal zehn dieser Busse im Einsatz und zehn weitere sollen Ende des Jahres dazu kommen.

Der Wasserstoff wird in der Müllverbrennungsanlage produziert. Der große Vorteil: Der Wasserstoff kann dann produziert werden, wenn ansonsten die Stromnachfrage gering ist, z.B. in den Nachtstunden. Da das Thema Wasserstoffnutzung auch in Berlin aktuell beraten wird, können wir nun Anregungen aus der Praxis mitnehmen, damit die Wasserstoffnutzung z. B. nicht durch bürokratische Regelungen unnötig verteuert wird. FDP-Initiativen zum Wasserstoff finden sich unter <http://bit.ly/FDP-hydro>.



Lockdown-Hilfen für Betriebe müssen schnell und unbürokratisch fließen

Wir Freie Demokraten halten die gegenwärtige, massive Freiheitseinschränkung für Betriebe wie Restaurants, Hotels oder Fitnessclubs in ihrer Bandbreite und Pauschalierung für überzogen und nicht zielgerichtet. Denn solche Maßnahmen müssen immer nachvollziehbar, geeignet und verhältnismäßig sein.

Die Erfahrungen der letzten Monate haben aber gezeigt, dass etwa Gastronomiebetriebe und Kulturveranstaltungen mit vernünftigen Hygienekonzepten keine Pandemietreiber sind. Die Restaurants, die Fitnessclubs oder die Kosmetikstudios haben alles getan und viel investiert, um die Abstands- und Hygieneregeln mit sinnvollen technischen Lösungen und kreativen Ideen möglich zu machen. Ihr Engagement und ihr Vertrauen in die Verlässlichkeit von Politik werden nun auf die Probe gestellt, wenn es nicht gelingt, ihre Umsatzausfälle schnell und unbürokratisch auszugleichen.



Wenn die Bundesminister Scholz und Altmaier nun ankündigen, die geplanten Lockdown-Hilfen für alle betroffenen Betriebe zeitnah umsetzen zu wollen, wie es die Bundesregierung beschlossen hat, dann müssen offene Fragen schnellstmöglich geklärt und das Antragsverfahren unbürokratisch in die Wege geleitet werden.

Dazu gehört auch der 'Unternehmerlohn', mit dem die Lebenshaltungskosten speziell von Solo-Selbständigen gefördert werden sollen. Das fordern wir Freie Demokraten schon seit April, und endlich hat auch Wirtschaftsminister Altmaier ein Einsehen und diese in Aussicht gestellt. Das alles sind wir den kleinen und mittleren Unter-

nehmen, den Leistungsträgern unserer Gesellschaft, schuldig, dass wir sie nicht im Regen stehen lassen, wenn sie jetzt gänzlich unverschuldet nicht arbeiten dürfen. Mögliche Abschlagszahlungen müssen bald in diesem Monat fließen, damit die Liquidität nicht beeinträchtigt wird und dadurch noch mehr Folgeschäden entstehen.



FDP will vitale Innenstädte durch starken Einzelhandel

Wir wollen nicht nur raus aus der Krise, wir wollen Reformen für eine Agenda 2030, um dem Einzelhandel und der Gastronomie in den Innenstädten Chancen zu eröffnen. Sie brauchen nachhaltige Entlastung bei Steuern und Abgaben, bei Energiekosten und bei Bürokratie.

Und sie brauchen Flexibilität im Wettbewerb mit dem Online-Handel – Stichwort „Sonntagsöffnung“. Denn hier gibt es keinen fairen Wettbewerb: Gerade am Sonntag machen die Online-Händler ihren höchsten Umsatz. Sorgen wir also für Veränderungen, um dem Einzelhandel besonders in Innenstadtlagen neue Chancen zu eröffnen. Die Corona-Zeit ruft nach Flexibilität in dieser Frage.

Ich begrüße es daher, dass Wirtschaftsminister Altmaier sich - wie wir - dafür einsetzen will, mehr Sonntagsöffnungen zu erlauben. Das hat er auf dem Innenstadt-Gipfel des BMWi angeregt. Hier wollen wir Minister Altmaier beim Wort nehmen. Das geht aber nur, wenn wir hierfür die Rechtsgrundlagen schaffen - und zwar gerichtsfest. Die FDP-Bundestagsfraktion unterstützt das Anliegen schon lange, den Kommunen und dem Handel vor Ort Rechtssicherheit zu geben. Mit unserem Antrag „Vitale Innenstädte durch starken Einzelhandel“ haben wir bereits im Mai gefordert, das Verkaufsverbot an Sonntagen zu lockern (<http://bit.ly/19-19118>).

Im Petitionsausschuss konnte sich die GroKo am 4. November leider nicht dazu durchringen. Wir Freie Demokraten wollten eine entsprechende Petition den Landesvolksvertretungen zu-leiten, soweit aus Gründen des Gesundheitsschutzes für Verbraucherinnen und Verbraucher die Ladenöffnung im Einzelfall auch an Sonntagen flächendeckend ermöglicht werden soll, um Kundenströme zu entzerren. Nach der Beratung im Wirtschaftsausschuss wurde unser Antrag vom Mai schließlich am 6. November vom Plenum des Deutschen Bundestages abgelehnt.

Ronsdorfer Schülerin vorzeitig zurück aus den USA

Ein Jahr in den USA zur Schule gehen - dieser Traum hätte für Noemi Coll Barroso im vergangenen Schuljahr in Erfüllung gehen sollen. Die 16-jährige Schülerin der Gesamtschule Ronsdorf ist im August 2019 mit dem Parlamentarischen Partnerschafts-Programm des Deutschen Bundestages nach Plano / Texas, nördlich von Dallas, gestartet. Leider endete der Austausch für Noemi im März dieses Jahres coronabedingt sehr abrupt. Während eines Ausfluges mit ihrer Gastfamilie erhielt sie die Nachricht, dass sie am nächsten Tag nach Deutschland zurückreisen müsse. Glücklicherweise konnte sie an der Gesamtschule Ronsdorf wieder in ihre alte Jahrgangsstufe zurückkehren.

Vor der nun wieder angeordneten Schließung der Gastronomie habe ich mich in den Herbstferien mit Noemi getroffen und mir von ihren Erfahrungen und Erlebnissen während des Austauschjahres berichten lassen. Ein halbes Jahr, das sie sehr genossen hat, wie man ihrer Erzählung deutlich angehört hat. Sie hatte großes Glück mit ihrer Gastfamilie und auch guten Anschluss in der High School gefunden. So konnte sie berichten, welche im Vergleich zu Deutschland sehr große Rolle die Schule im Leben und im Tagesablauf der amerikanischen Jugendlichen spielt. Dazu gehört dann aber auch, dass Jugendliche in Deutschland eine größere Freiheit und Unabhängigkeit haben, was ihre Freizeitgestaltung angeht. Es hat mich sehr gefreut zu sehen, dass der Austausch für Noemi eine große Bereicherung war.



Weniger Glück hatte leider die für dieses Schuljahr ausgewählte PPP-Stipendiatin.

Aufgrund der anhaltenden Pandemie ist ihr Austausch komplett abgesagt worden. Ich hoffe sehr, dass wir ihr im kommenden Schuljahr noch einmal eine neue Chance geben können.

Austausch mit Noemi Coll Barroso im Wuppertaler Museumscafé

Eine Chance gebe ich nach dem Lockdown gerne auch wieder jungen Leuten, die ein Praktikum bei mir im Deutschen Bundestag absolvieren möchten. Anfragen bitten an mein Wahlkreisbüro in der Sedanstr. 11 unter Tel. 0202 - 2579 6710 oder manfred.todtenhausen.wk@bundestag.de.